

L1 1. Mobilität

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.01.2019
Tagesordnungspunkt: 5.1. Leitantrag

Text

1 Um als Junger Mensch in Rheinland-Pfalz von einem Ort zum anderen zu kommen, ist
2 man oft auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Dann kann es nicht sein,
3 dass entlegenere Bahnhöfe oder Busstationen oft nur ein oder zwei mal am Tag,
4 bzw. am Wochenende gar nicht angefahren werden. Selbst wenn ein Bus oder Zug
5 fährt, erwarten einen oft lange Warte- oder Umsteigezeiten, weil die Fahrpläne
6 schlecht aufeinander abgestimmt sind. Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz fordert
7 darum eine bessere Bus- und Bahnanbindung, auch für entlegene Haltestellen,
8 sowie insgesamt einen besser und öfter getakteten Bus- und Bahnverkehr. Auch
9 Nachtbusse und kommunale Sammeltaxis müssen ausgebaut werden, denn jede*r muss
10 die Möglichkeit haben auch nachts nach Hause zu kommen. Dies alles muss in einer
11 Mobilitätsgarantie der Kommunen münden, die unter der Woche von 6 bis 24 Uhr und
12 am Wochenende auch darüber hinaus eine Bus- und Bahnverbindung sicherstellt.

13 Doch auch wenn der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut ist, ist er oft sehr
14 teuer und lange nicht für jeden, erst recht junge Menschen, bezahlbar. Unser
15 Ziel ist auf lange Sicht ein komplett umlagenfinanzierter öffentlicher
16 Nahverkehr, der eine echte Konkurrenz zum Auto darstellt, und zwar nicht nur in
17 der Stadt. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre beispielsweise ein 1€-
18 Ticket für Schüler*innen und Auszubildend, sowie ein Sozialticket, das seinen
19 Namen auch verdient und höchstens halb so viel kostet, wie ein normales Ticket.
20 So können Menschen, die meistens auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen
21 sind, sich dieses auch leisten. Langfristig streben wir einen
22 umlagenfinanzierten, also fahrscheinfreien, öffentlichen Personennahverkehr an.

23 Das Fahrrad bietet neben dem ÖPNV ein ökologisches und schnelles
24 Fortbewegungsmittel. Um mit dem Fahrrad schnell von A nach B zu kommen, ist es
25 vor allem sinnvoll, Radwege zu erweitern und auszubauen. Dabei sollte man viel
26 befahrene Straßen so gestalten, dass eine parallele Nutzung für mehrere
27 Radfahrer*innen gleichzeitig möglich ist. Ebenso wichtig ist es, dass die
28 Streckenlegung aufeinander abgestimmt und gut beachtet wird, damit es möglich
29 ist, weite Strecken in möglichst kurzer Zeit zurückzulegen. Das gilt nicht nur
30 für Städte, sondern auch für ländliche Gegenden, denn es darf nicht sein, dass
31 Menschen auf ein Auto angewiesen sein müssen, um sich fortzubewegen.
32 Radschnellwege sollen eine Möglichkeit sein, auch in ländlichen Regionen
33 Distanzen zwischen einzelnen Orten zurückzulegen. Wir setzen uns für den Ausbau,
34 die Erweiterung und die Verbesserung der gesamten Radwege in Rheinland-Pfalz
35 ein.

36 Um den Ausbau des Radverkehrs als verkehrspolitische Gesamtstrategie in der
37 Kommune zu etablieren, fordern wir hauptamtliche Fahrradbeauftragte in der
38 Verwaltung.

39 Insgesamt wollen wir das Fahrrad als attraktives Verkehrsmittel und nachhaltige
40 Alternative zum Auto verstärkt fördern. Um die Nutzung des Fahrrads komfortabler
41 zu gestalten und den Verkehr stärker zu vernetzen, fordern wir die Errichtung

42 von zentralen Mobilitätsstationen an Bahnhöfen oder in Innenstädten, die leicht
43 zugänglich und kostenlos Fahrrad-Parkplätze sowie Fahrradleihsysteme zur
44 Verfügung stellen und um Carsharing-Möglichkeiten, Taxistände und Bus- sowie
45 Zusanbindungen ergänzt werden. Das bündelt die kommunalen Verkehrs-Angebote,
46 macht diese attraktiver und bietet einen schnellen Umstieg auf die verschiedenen
47 Verkehrsträger. Auch die kostenlose Fahrradmitnahme in Bus und Bahn stellt hier
48 einen wichtigen Schritt dar.

L1-Alt1 1. Mobilität

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	12.01.2019
Tagesordnungspunkt:	5.1. Leitantrag
Status:	Zurückgezogen (unsichtbar)

Text

1 Um als Junger Mensch in Rheinland-Pfalz von einem Ort zum anderen zu kommen, ist
2 man oft auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Dann kann es nicht sein,
3 dass entlegene Bahnhöfe oder Busstationen oft nur ein oder zwei mal am Tag,
4 bzw. am Wochenende gar nicht angefahren werden. Selbst wenn ein Bus oder Zug
5 fährt, erwarten einen oft lange Warte- oder Umsteigezeiten, weil die Fahrpläne
6 schlecht aufeinander abgestimmt sind. Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz fordert
7 darum eine bessere Bus- und Bahnbindung, auch für entlegene Haltestellen,
8 sowie insgesamt einen besser und öfter getakteten Bus- und Bahnverkehr. Auch
9 Nachtbusse und kommunale Sammeltaxis müssen ausgebaut werden, denn jede*r muss
10 die Möglichkeit haben auch nachts nach Hause zu kommen. Dies alles muss in einer
11 Mobilitätsgarantie der Kommunen münden, die unter der Woche von 6 bis 24 Uhr und
12 am Wochenende auch darüber hinaus eine Bus- und Bahnverbindung sicherstellt.

13 Doch auch wenn der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut ist, ist er oft sehr
14 teuer und lange nicht für jeden, erst recht junge Menschen, bezahlbar. Unser
15 Ziel ist auf lange Sicht ein komplett umlagenfinanzierter, flächendeckender
16 öffentlicher Nahverkehr der eine echte Alternative zum Auto darstellt. Als
17 ersten Schritt fordern wir ein 1€-Ticket für Schüler*innen und Auszubildend,
18 sowie ein Sozialticket, das seinen Namen auch verdient und höchstens halb so
19 viel kostet, wie ein normales Ticket. So können Menschen, die meistens auf den
20 öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, sich dieses auch leisten. Langfristig
21 streben wir einen umlagenfinanzierten, also fahrscheinfreien, öffentlichen
22 Personennahverkehr an.

23
24 Um die Attraktivität des ÖPNVs zu Erhöhen muss dessen Zuverlässigkeit und
25 Komfort erhöht werden. Daher setzen wir uns für Investitionen in die
26 Schieneninfrastruktur wie die Elektrifizierung von Nebenbahnstrecken (z.B.
27 Laudau-Wörth). oder der Errichtung von Überholgleisen ein. Wir fordern die
28 Reaktivierung stillgelegter Bahntrassen wie der Eifelquerbahn, um wieder mehr
29 Gemeinden an die Schienenverkehr anzuschließen.
30 Wir fordern Investitionen in die Haltestellen und Bahnhöfe. Ausreichend
31 Sitzgelegenheiten, Beleuchtung und Kundeninformation sollten das Minimum für
32 jede Haltestelle des ÖPNV sein.

33 Das Fahrrad ist neben dem ÖPNV ein ökologisches und schnelles
34 Fortbewegungsmittel. Um mit dem Fahrrad schnell von A nach B zu kommen, müssen
35 Radwege ausgebaut und erweitert werden. Die Radinfrastruktur viel befahrener
36 Straßensollte so gestalten werde, dass eine parallele Nutzung für mehrere
37 Radfahrer*innen gleichzeitig möglich ist. Eine gute und durchdachte Vernetzung
38 von Radstrecken ist eine wichtige Voraussetzung zur Attraktivitätssteigerung
39 des Radverkehrs durch verkürzte Fahrzeiten. Das gilt nicht nur für Städte,
40 sondern auch für ländliche Gegenden, denn es darf nicht sein, dass Menschen auf
41 ein Auto angewiesen sein müssen, um sich fortzubewegen. Radschnellwege sollen

42 eine Möglichkeit sein, auch in ländlichen Regionen Distanzen zwischen einzelnen
43 Orten zurückzulegen. Wir setzen uns für den Ausbau, die Erweiterung und die
44 Verbesserung der gesamten Radwege in Rheinland-Pfalz ein.

45 Um den Ausbau des Radverkehrs als verkehrspolitische Gesamtstrategie in der
46 Kommune zu etablieren, fordern wir hauptamtliche Fahrradbeauftragte in der
47 Verwaltung.

48 Insgesamt wollen wir das Fahrrad als attraktives Verkehrsmittel und nachhaltige
49 Alternative zum Auto verstärkt fördern. Um die Nutzung des Fahrrads komfortabler
50 zu gestalten und den Verkehr stärker zu vernetzen, fordern wir die Errichtung
51 von zentralen Mobilitätsstationen an Bahnhöfen oder in Innenstädten, die leicht
52 zugänglich und kostenlos Fahrrad-Parkplätze sowie Fahrradleihsysteme zur
53 Verfügung stellen und um Carsharing-Möglichkeiten, Taxistände und Bus- sowie
54 Zusanbindungen ergänzt werden. Das bündelt die kommunalen Verkehrs-Angebote,
55 macht diese attraktiver und bietet einen schnellen Umstieg auf die verschiedenen
56 Verkehrsträger. Auch die kostenlose Fahrradmitnahme in Bus und Bahn stellt hier
57 einen wichtigen Schritt dar.

L1-Alt2 1. Mobilität

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	12.01.2019
Tagesordnungspunkt:	5.1. Leitantrag
Status:	Zurückgezogen (unsichtbar)

Text

1 Um als Junger Mensch in Rheinland-Pfalz von einem Ort zum anderen zu kommen, ist
2 man oft auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Dann kann es nicht sein,
3 dass entlegenere Bahnhöfe oder Busstationen oft nur ein oder zwei mal am Tag,
4 bzw. am Wochenende gar nicht angefahren werden. Selbst wenn ein Bus oder Zug
5 fährt, erwarten einen oft lange Warte- oder Umsteigezeiten, weil die Fahrpläne
6 schlecht aufeinander abgestimmt sind. Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz fordert
7 darum eine bessere Bus- und Bahnanbindung, auch für entlegene Haltestellen,
8 sowie insgesamt einen besser und öfter getakteten Bus- und Bahnverkehr. Auch
9 Nachtbusse und kommunale Sammeltaxis müssen ausgebaut werden, denn jede*r muss
10 die Möglichkeit haben auch nachts nach Hause zu kommen. Dies alles muss in einer
11 Mobilitätsgarantie der Kommunen münden, die unter der Woche von 6 bis 24 Uhr und
12 am Wochenende auch darüber hinaus eine Bus- und Bahnverbindung sicherstellt.

13 Doch auch wenn der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut ist, ist er oft sehr
14 teuer und lange nicht für jeden, erst recht junge Menschen, bezahlbar. Unser
15 Ziel ist auf lange Sicht ein komplett umlagenfinanzierter, flächendeckender
16 öffentlicher Nahverkehr der eine echte Alternative zum Auto darstellt. Als
17 ersten Schritt fordern wir ein 1€-Ticket für Schüler*innen und Auszubildend,
18 sowie ein Sozialticket, das seinen Namen auch verdient und höchstens halb so
19 viel kostet, wie ein normales Ticket. So können Menschen, die meistens auf den
20 öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, sich dieses auch leisten. Langfristig
21 streben wir einen umlagenfinanzierten, also fahrscheinfreien, öffentlichen
22 Personennahverkehr an.

23
24 Um die Attraktivität des ÖPNVs zu Erhöhen muss dessen Zuverlässigkeit und
25 Komfort erhöht werden. Daher setzen wir uns für Investitionen in die
26 Schieneninfrastruktur wie die Elektrifizierung von Nebenbahnstrecken (z.B.
27 Laudau-Wörth). oder der Errichtung von Überholgleisen ein. Wir fordern die
28 Reaktivierung stillgelegter Bahntrassen wie der Eifelquerbahn, um wieder mehr
29 Gemeinden an die Schienenverkehr anzuschließen.
30 Wir fordern Investitionen in die Haltestellen und Bahnhöfe. Ausreichend
31 Sitzgelegenheiten, Beleuchtung und Kundeninformation sollten das Minimum für
32 jede Haltestelle des ÖPNV sein.

33 Das Fahrrad ist neben dem ÖPNV ein ökologisches und schnelles
34 Fortbewegungsmittel. Um mit dem Fahrrad schnell von A nach B zu kommen, müssen
35 Radwege ausgebaut und erweitert werden. Die Radinfrastruktur viel befahrener
36 Straßensollte so gestalten werde, dass eine parallele Nutzung für mehrere
37 Radfahrer*innen gleichzeitig möglich ist. Eine gute und durchdachte Vernetzung
38 von Radstrecken ist eine wichtige Voraussetzung zur Attraktivitätssteigerung
39 des Radverkehrs durch verkürzte Fahrzeiten. Das gilt nicht nur für Städte,
40 sondern auch für ländliche Gegenden, denn es darf nicht sein, dass Menschen auf
41 ein Auto angewiesen sein müssen, um sich fortzubewegen. Radschnellwege sollen

42 eine Möglichkeit sein, auch in ländlichen Regionen Distanzen zwischen einzelnen
43 Orten zurückzulegen. Wir setzen uns für den Ausbau, die Erweiterung und die
44 Verbesserung der gesamten Radwege in Rheinland-Pfalz ein.

45 Um den Ausbau des Radverkehrs als verkehrspolitische Gesamtstrategie in der
46 Kommune zu etablieren, fordern wir hauptamtliche Fahrradbeauftragte in der
47 Verwaltung.

48 Insgesamt wollen wir das Fahrrad als attraktives Verkehrsmittel und nachhaltige
49 Alternative zum Auto verstärkt fördern. Um die Nutzung des Fahrrads komfortabler
50 zu gestalten und den Verkehr stärker zu vernetzen, fordern wir die Errichtung
51 von zentralen Mobilitätsstationen an Bahnhöfen oder in Innenstädten, die leicht
52 zugänglich und kostenlos Fahrrad-Parkplätze sowie Fahrradleihsysteme zur
53 Verfügung stellen und um Carsharing-Möglichkeiten, Taxistände und Bus- sowie
54 Zusanbindungen ergänzt werden. Das bündelt die kommunalen Verkehrs-Angebote,
55 macht diese attraktiver und bietet einen schnellen Umstieg auf die verschiedenen
56 Verkehrsträger. Auch die kostenlose Fahrradmitnahme in Bus und Bahn stellt hier
57 einen wichtigen Schritt dar.

L1-Alt3 1. Mobilität

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	12.01.2019
Tagesordnungspunkt:	5.1. Leitantrag
Status:	Zurückgezogen (unsichtbar)

Text

1 Um als Junger Mensch in Rheinland-Pfalz von einem Ort zum anderen zu kommen, ist
2 man oft auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Dann kann es nicht sein,
3 dass entlegene Bahnhöfe oder Busstationen oft nur ein oder zwei mal am Tag,
4 bzw. am Wochenende gar nicht angefahren werden. Selbst wenn ein Bus oder Zug
5 fährt, erwarten einen oft lange Warte- oder Umsteigezeiten, weil die Fahrpläne
6 schlecht aufeinander abgestimmt sind. Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz fordert
7 darum eine bessere Bus- und Bahnbindung, auch für entlegene Haltestellen,
8 sowie insgesamt einen besser und öfter getakteten Bus- und Bahnverkehr. Auch
9 Nachtbusse und kommunale Sammeltaxis müssen ausgebaut werden, denn jede*r muss
10 die Möglichkeit haben auch nachts nach Hause zu kommen. Dies alles muss in einer
11 Mobilitätsgarantie der Kommunen münden, die unter der Woche von 6 bis 24 Uhr und
12 am Wochenende auch darüber hinaus eine Bus- und Bahnverbindung sicherstellt.

13 Doch auch wenn der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut ist, ist er oft sehr
14 teuer und lange nicht für jeden, erst recht junge Menschen, bezahlbar. Unser
15 Ziel ist auf lange Sicht ein komplett umlagenfinanzierter, flächendeckender
16 öffentlicher Nahverkehr der eine echte Alternative zum Auto darstellt. Als
17 ersten Schritt fordern wir ein 1€-Ticket für Schüler*innen und Auszubildend,
18 sowie ein Sozialticket, das seinen Namen auch verdient und höchstens halb so
19 viel kostet, wie ein normales Ticket. So können Menschen, die meistens auf den
20 öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, sich dieses auch leisten. Langfristig
21 streben wir einen umlagenfinanzierten, also fahrscheinfreien, öffentlichen
22 Personennahverkehr an.

23
24 Um die Attraktivität des ÖPNVs zu Erhöhen muss dessen Zuverlässigkeit und
25 Komfort erhöht werden. Daher setzen wir uns für Investitionen in die
26 Schieneninfrastruktur wie die Elektrifizierung von Nebenbahnstrecken (z.B.
27 Laudau-Wörth). oder der Errichtung von Überholgleisen ein. Wir fordern die
28 Reaktivierung stillgelegter Bahntrassen wie der Eifelquerbahn, um wieder mehr
29 Gemeinden an die Schienenverkehr anzuschließen.
30 Wir fordern Investitionen in die Haltestellen und Bahnhöfe. Ausreichend
31 Sitzgelegenheiten, Beleuchtung und Kundeninformation sollten das Minimum für
32 jede Haltestelle des ÖPNV sein.

33 Das Fahrrad ist neben dem ÖPNV ein ökologisches und schnelles
34 Fortbewegungsmittel. Um mit dem Fahrrad schnell von A nach B zu kommen, müssen
35 Radwege ausgebaut und erweitert werden. Die Radinfrastruktur viel befahrener
36 Straßensollte so gestalten werde, dass eine parallele Nutzung für mehrere
37 Radfahrer*innen gleichzeitig möglich ist. Eine gute und durchdachte Vernetzung
38 von Radstrecken ist eine wichtige Voraussetzung zur Attraktivitätssteigerung
39 des Radverkehrs durch verkürzte Fahrzeiten. Das gilt nicht nur für Städte,
40 sondern auch für ländliche Gegenden, denn es darf nicht sein, dass Menschen auf
41 ein Auto angewiesen sein müssen, um sich fortzubewegen. Radschnellwege sollen

42 eine Möglichkeit sein, auch in ländlichen Regionen Distanzen zwischen einzelnen
43 Orten zurückzulegen. Wir setzen uns für den Ausbau, die Erweiterung und die
44 Verbesserung der gesamten Radwege in Rheinland-Pfalz ein.

45 Um den Ausbau des Radverkehrs als verkehrspolitische Gesamtstrategie in der
46 Kommune zu etablieren, fordern wir hauptamtliche Fahrradbeauftragte in der
47 Verwaltung.

48 Insgesamt wollen wir das Fahrrad als attraktives Verkehrsmittel und nachhaltige
49 Alternative zum Auto verstärkt fördern. Um die Nutzung des Fahrrads komfortabler
50 zu gestalten und den Verkehr stärker zu vernetzen, fordern wir die Errichtung
51 von zentralen Mobilitätsstationen an Bahnhöfen oder in Innenstädten, die leicht
52 zugänglich und kostenlos Fahrrad-Parkplätze sowie Fahrradleihsysteme zur
53 Verfügung stellen und um Carsharing-Möglichkeiten, Taxistände und Bus- sowie
54 Zusanbindungen ergänzt werden. Das bündelt die kommunalen Verkehrs-Angebote,
55 macht diese attraktiver und bietet einen schnellen Umstieg auf die verschiedenen
56 Verkehrsträger. Auch die kostenlose Fahrradmitnahme in Bus und Bahn stellt hier
57 einen wichtigen Schritt dar.

L2 2. Offene Gesellschaft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.01.2019
Tagesordnungspunkt: 5.1. Leitantrag

Text

1 Im Anbetracht des derzeitigen Rechtsrucks, ist es besonders wichtig, Jugendliche
2 und junge Erwachsene verstärkt in demokratische Prozesse einzubinden.

3 Dies ist gerade auf der kommunalen Ebene gut möglich, da Jugendliche hier ihr
4 Lebensumfeld gestalten können. Hinzu kommt, dass bedingt durch den
5 demographischen Wandel der Anteil junger Menschen in der Bevölkerung sinkt. Weil
6 viele junge Menschen noch nicht wählen dürfen, fallen ihre Interessen oft unter
7 den Tisch. Dabei sind Kinder und Jugendliche unsere Gegenwart und Zukunft. Und
8 für diese Zukunft muss mehr Politik gemacht werden.

9 Leider sind wir von einer flächendeckenden Jugendbeteiligung auf kommunaler
10 Ebene bis auf einzelne Jugendparlamente noch weit entfernt. Ebenso muss neben
11 der flächendeckenden Entstehung von Jugendparlamenten für verbindliche
12 Ansprechpartner und eigene Budgets zur Umsetzung gesorgt werden.

13 Wir wollen, dass in der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung weitergehende
14 Regelungen für die Einrichtung von Jugendvertretungen auf kommunaler Ebene
15 verankert werden. Jugendbeteiligung muss kommunaler Pflichtbestandteil werden.

16 Nach baden-württembergischem Vorbild sollen Jugendliche die Möglichkeit haben,
17 die Einrichtung einer Jugendvertretung zu beantragen. Kommunale
18 Jugendvertretungen sollen ein Rede- Anhörungs- und Antragsrecht in den
19 kommunalen Räten haben. Des weiteren sollen ihnen angemessene finanzielle Mittel
20 zur Verfügung stehen. Ebenfalls soll die strukturelle Beteiligung bei bestimmten
21 Themen verpflichtend in der Gemeindeordnung festgehalten werden.

22 Aber auch abseits von festen institutionellen Jugendvertretungen wollen wir
23 Jugendbeteiligung in den kommunalpolitischen Prozessen verankern und machen uns
24 für alternative, projektbezogene Beteiligungsformen stark. Auch wird
25 Kommunalpolitik vor Ort, besonders im ländlichen Raum, überwiegend von Älteren
26 gemacht. Wir fordern darum alle Parteien und Ratsfraktionen in den Kommunen auf,
27 Jugendliche verstärkt in die politische Arbeit miteinzubinden und mit einer
28 neuen demokratischen Kultur geprägt durch Transparenz und Fairness den
29 politischen Diskurs vor Ort zu stärken.

30 Zudem fordern wir die verstärkte und langfristige Förderung von Vereinen und
31 Projekten mit Jugendlichen im kommunalen Haushalt.

32 Wir als Grüne Jugend Rheinland-Pfalz stehen weiterhin konsequent für eine
33 weltoffene und vielfältige Gesellschaft. Längst sind wir, auch in den Kommunen,
34 zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden. Die Aufnahme von Geflüchteten sehen
35 wir als humanitäre Verpflichtung. Menschen, die sich entscheiden zu uns zu
36 kommen, muss die Politik Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Die Kommunen
37 tragen hierbei eine wichtige Rolle. Wir fordern darum eine verstärkte
38 Bereitschaft der Kommunen zur Aufnahme von Geflüchteten. Wir unterstützen daher
39 Forderung der Initiative „Seebrücke“ an Städte, mehr Geflüchte direkt
40 aufzunehmen, auch um der dramatischen Lage auf dem Mittelmeer gerecht zu werden.

41 Die Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen nach den
42 Aufnahmeeinrichtungen des Landes soll dezentral und nicht in Sammelunterkünften
43 stattfinden. Beratungsangebote sollen Geflüchteten helfen, bei positiv
44 beschiedenem Asylbescheid oder bei Bleibeperspektive schnell eine eigene
45 Unterkunft auf dem Wohnungsmarkt zu finden. Die zahlreichen ehrenamtlichen
46 Helfer*innen in der Arbeit mit Geflüchteten sollen bestmöglich gestärkt und
47 seitens der kommunalen Verwaltung unterstützt werden. Ebenso fordern wir eine
48 transparente und zweckgebundene Verwendung der Integrationspauschale des Bundes.
49 Neben Unterbringung und Versorgung entscheidet auch das Angebot an Sprach- und
50 Integrationskursen vor Ort über eine gelingende Integration. Wir fordern darum,
51 dem wachsenden Bedarf an Sprach- und Integrationskursen gerecht zu werden. Auch
52 sollen Einrichtungen in den Kommunen für einen verstärkten Austausch zwischen
53 Einheimischen und Zugezogenen sorgen.

54 Wir machen uns vor Ort für eine Integrationspolitik stark, die Menschen
55 einbezieht und Chancen eröffnet für ein gutes Zusammenleben.

56 Wenn man über Inklusion spricht, ist es besonders wichtig, sich auf
57 ganzheitliche Barrierefreiheit zu beziehen, denn nur durch sie kann eine
58 ganzheitliche Teilhabe für alle Menschen am gesellschaftlichen und sozialen
59 Leben gewährleistet werden. Darum fordern wir den konsequenten barrierefreien
60 Ausbau kommunaler Liegenschaften sowie bei künftigen Planungen von öffentlichen
61 Gebäuden und Plätzen die Barrierefreiheit verstärkt zu berücksichtigen.
62 Öffentliche Verkehrsmittel und Bushaltestellen sollen ausschließlich
63 barrierefrei zugänglich sein. Zu Barrierefreiheit gehören neben zugänglichen
64 Gebäuden und öffentlichen Plätzen, auch Verkehrsmittel. Dienstleistungen und
65 Freizeitangebote müssen so gestaltet sein, dass sie für alle ohne fremde Hilfe
66 zugänglich sind. Dazu gehören beispielsweise auch Formulare in leichter Sprache
67 oder Vorträge, die von gehörlosen Menschen verfolgt werden können. Auch digitale
68 Barrierefreiheit, das heißt, Internetseiten, die für jeden zugänglich gestaltet
69 sind, muss gewährleistet werden.

70 Damit Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, bedarf es
71 Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, auch in der Freizeit. Die Teilhabe von
72 Menschen mit oder ohne Behinderung im Sport durch beispielsweise Vereine oder
73 staatliche Angebote ist enorm wichtig, denn sie ermöglicht einen Teil der
74 selbstbestimmten, gleichberechtigten und gleichwertigen Teilnahme am sozialem
75 Leben jedes einzelnen. Deshalb sieht die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz es als
76 Pflicht, dass jeder Mensch, egal ob mit oder ohne Behinderung, egal aus welchem
77 sozialen Hintergrund er stammt, die Möglichkeit hat an einem solchem
78 Sportangebot teilzunehmen. Konkret fordern wir Projekte und Vereine mit
79 inklusiver Ausrichtung im kommunalen Haushalt verstärkt und langfristig mit
80 geeigneten finanziellen Mitteln auszustatten.

81 Leider ist es in unserer Gesellschaft immer noch nicht selbstverständlich,
82 lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter* oder queer zu sein. Gerade in
83 ländlich geprägten Regionen fühlen sich queere Jugendliche oft allein. Deshalb
84 fordern wir als Grüne Jugend Rheinland-Pfalz, Projekte und Angebote für queere
85 Jugendliche in den Kommunen zu schaffen, die Ihnen bei Fragen und Sorgen
86 weiterhelfen und einen geschützten Raum für Erfahrungsaustausch bieten.

L3-Alt2 3. Lebenswerte Kommune für jung und alt

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	12.01.2019
Tagesordnungspunkt:	5.1. Leitantrag
Status:	Zurückgezogen (unsichtbar)

Text

- 1 Bei der Kommunalwahl im Mai werden die Weichen für eine lebenswerte Kommune
2 gestellt. Wir als Grüne Jugend setzen uns für Kommunen ein, in denen junge
3 Menschen sich wohl fühlen und eine Zukunft haben.
- 4 Um nicht abgehängt zu werden ist es unerlässlich den Breitbandausbau in
5 Rheinland-Pfalz weiter voranzutreiben. Schnelles Internet gehört im 21.
6 Jahrhundert zur Grundversorgung wie Strom und Wasser.
- 7 Bezahlbare Mieten in den Städten sind uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen
8 eine Quote für Sozialwohnungen beim städtischen Wohnungsbau von 50% mit Mieten
9 unter 8€ pro qm. Außerdem brauchen wir mehr Studierendenwohnheime. In Städten
10 wie Koblenz und Landau leben weniger als 5% der Studierenden in Wohnheimen. Das
11 ist zu wenig.
- 12 Aber Wohnraum muss nicht nur für jeden bezahlbar sein, er muss auch allen
13 Menschen, egal ob jung oder alt, ein gesundes Leben ermöglichen.
- 14 Der Wohnraum in den heutigen rheinland-pfälzischen Städten ist davon leider weit
15 entfernt. Die Grüne Jugend fordert, dass die übermäßige Feinstaubbelastung in
16 den Kommunen in Rheinland-Pfalz ein Ende hat und deshalb schnellstmöglich
17 effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Stickoxid- und Feinstaubemissionen
18 umgesetzt werden. Ein erster Schritt ist die Umstellung des öffentlichen
19 Nahverkehrs und der gemeinde Fahrzeuge auf Elektro- und andere Antriebe .
- 20 Der Einsatz von krebserregendem Glyphosat und der Eintrag von Nitrat und
21 Mikroplastik ins Grund- und Oberflächenwasser sind drei weitere schwerwiegende
22 Gesundheitsgefahren für die Menschen in der Stadt und auf dem Land. Diesen muss
23 durch die Ausweitung und Förderung nachhaltiger Landwirtschaft sowie
24 Abfallvermeidungsstrategien begegnet werden. Ein Glyphosatverbot auf von
25 Kommunen verpachteten Äckern ist hierzu ein wichtiger Schritt.
- 26 Das aktive Fördern der Energieeffizienz von Kommunen macht sie fit für den
27 Klimawandel und kann auf Dauer viel Geld einsparen. Deshalb sollten Kommunen
28 Bürger unterstützen, die an ihren Häuser eine Energiesanierung vornehmen,
29 erneuerbare Energiekraftwerke installieren oder eine ökologische Heizung
30 einbauen. In den Kommunen Energieberater einzustellen, ist empfehlenswert. Auch
31 die Umstellung der Straßen- und Gebäudebeleuchtung auf LED mit geringer
32 Lichtemission spart Strom und trägt zum Artenschutz bei.
- 33 Die Förderung der Artenvielfalt in der Stadt und auf dem Land verbessert die
34 Lebensqualität am Wohnort, fördert die Gesundheit und unterstützt den Erhalt
35 einer intakten Natur - auch für unsere Lebensmittelerzeugung. Bei der Anlage von
36 Grünflächen, in der Landwirtschaft und bei der Flächenversiegelung fordern wir
37 als Grüne Jugend deshalb, dass stets auf Arterhaltung und
38 Biodiversitätsförderung geachtet wird. Das erfolgt durch geschickte Planung von
39 Grünflächen, z.B. auch die Anlage von Fassaden- und Dachbegrünung, eine

- 40 Ausweitung der zertifiziert biologischen Landwirtschaft und eine Orientierung
41 der verbleibenden konventionellen Landwirtschaft an ökologischen und
42 nachhaltigkeitsorientierten Richtlinien.
- 43 Beim Neubau von Wohn- und Gewerbegebieten ist eine platzsparende Bauweise
44 geboten, um nicht noch mehr wertvollen Boden unnötig zu versiegeln. Bereits
45 versiegelte, aber nicht mehr genutzte Flächen sollen favorisiert für den Neubau
46 von Gebäuden verwendet werden. Unnötige Asphaltflächen und Gebäude müssen
47 beseitigt werden. Ebenfalls lassen sich ungenutzte, kommunale Flächen am Weg-
48 oder Grundstücksrand als unberührte Blüh-Flächen für die Artenvielfalt nutzen.
49 Wir fordern darum das erfolgreiche Projekt der Eh-da-Flächen in den Kommunen
50 flächendeckend voranzutreiben.